

Denis Durand

Beitrag zur Konferenz „Sachzwang Privatisierung?“ am 07.10.06 in Berlin

Der Kampf gegen Deregulierung und Privatisierung in Frankreich: Erfahrungen und Alternativen

In Frankreich steht der Kampf gegen die Privatisierung anlässlich der Fusion des staatlichen Gasversorgers Gaz de France mit dem Energiekonzern Suez im Mittelpunkt des politischen und sozialen Geschehens. Die Beschäftigten der betroffenen Unternehmen haben sich, unterstützt von Arbeitern aller Berufsverbände, an Streikaktionen beteiligt. Über die Aktionen von Abgeordneten der Opposition hinaus haben sich selbst bestimmte Parlamentarier der regierenden Rechten gegen das Projekt ausgesprochen. Auch wenn das Projekt nur zwei Unternehmen betrifft, so ist es in der Tat so, dass nach Ansicht vieler Franzosen durch die Übergabe eines strategischen Teilbereichs der staatlichen Kontrolle an die Privatwirtschaft, nämlich die Sicherung des Energiezugangs für die Bürgerinnen und Bürger, für die Nation viel auf dem Spiel steht. Dies wird umso deutlicher, als dieses Ereignis nach zwei Jahrzehnten der Privatisierung und Deregulierung geschieht, die die Macht der Finanzmärkte in den Unternehmen und der Regierung gefestigt haben.

In Frankreich hat die Deregulierung im Bereich der Finanzen begonnen. Der Startschuss für die Liberalisierung der Wirtschaft wurde im Jahr 1983 gegeben – als die Linke an der Macht war – mit ersten Maßnahmen, die die Zinsraten bei öffentlich zugänglichen Geldanlagen liberalisierten. In wenigen Jahren wurde das gesamte Finanzsystem nach anglo-sächsischem Vorbild umstrukturiert. Die ersten Privatisierungen betrafen gleichzeitig Banken und Industrieunternehmen. Schon 1990 war die finanzielle Liberalisierung komplett, als die vollständige Freiheit des Kapitalverkehrs in Kraft trat. Der Prozess hin zu einer Europäischen Währungsunion, die mit der Schaffung einer einheitlichen Währung, einer Europäischen Zentralbank und des Stabilitäts- und Wachstumspakts die Dominanz der Finanzmärkte in der gesamten Eurozone organisierte, konnte beginnen. Bereits zwischen 1982 und 1990 war jedoch in Frankreich der Anteil der Gehälter am Mehrwert um fast 8 Punkte von 72,5% auf 64,7% zurückgegangen; auf diesem Niveau ist er bis heute geblieben.

Die Dominanz der Finanzmärkte hat so unmittelbar ein Ansteigen der Profite zulasten der Gehälter begünstigt. Der Mechanismus ist bekannt: Um die Ansprüche der Aktionäre zu befriedigen, bemühen sich die Unternehmensleitungen, Beschäftigung zu reduzieren, Ausbildungskosten zu verringern und Gehälter zu kürzen, während die

Regierungen ungesicherte Beschäftigung sowie die Deregulierung des Arbeitsmarkts favorisieren.

Angesichts dieser neoliberalen Politik ist es eine französische Besonderheit, wie stark die Unterstützung der Bevölkerung für die öffentlichen Unternehmen wie EDF, Gaz de France, die französische Eisenbahn, die Post etc. ist. Der Begriff der „öffentlichen Dienste“ ist in Frankreich sehr populär und reicht viel weiter als der europäische Begriff der „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse“.

Diese Bindung der Bürgerinnen und Bürger an die öffentlichen Dienste trägt zur Entwicklung der sozialen und politischen Kämpfe bei. So war der Kampf gegen die „Bolkestein-Richtlinie“, die darauf abzielt, öffentliche Dienste zu deregulieren, ein wichtiger Bestandteil in der Mobilisierung der öffentlichen Meinung gegen die neoliberale Politik in Europa, und hatte in Frankreich einen großen Anteil am Sieg des „Nein“ im Referendum über das europäische Verfassungsprojekt. Die Kämpfe gegen die Privatisierung sind um so effizienter, wenn sie nicht nur darauf abzielen, die existierenden öffentlichen Unternehmen beizubehalten, sondern darüber hinaus die öffentliche Kontrolle von heute privatisierten Unternehmen zurück zu gewinnen und den existierenden öffentlichen Sektor umfassend zu erneuern.

Nach liberaler Auffassung von öffentlichen Gütern ist ein staatlicher Eingriff dann legitim, wenn es sich um Marktversagen handelt. Ein staatlicher Eingriff soll nur daraus bestehen, zum einen Hilfe zu leisten, um eine Aktivität rentabel zu machen, die der private Sektor nicht spontan gewährleistet, zum anderen Regeln aufzustellen oder mit der Festsetzung von Pflichten einen Rahmen für unternehmerische Aktivitäten zu schaffen. Es gibt aber auch eine andere Auffassung. Diese Auffassung geht davon aus, dass soziale Ansprüche gewährleistet werden müssen: d.h. Bedürfnisse befriedigt und Entwicklungspotenzial für Vielfalt, Arbeitsplätze und Ausbildung geschaffen werden müssen... Diese Auffassung geht davon aus, dass die Beschäftigten und die Bürgerinnen und Bürger neue Fähigkeiten entwickeln müssen, um ihre Ziele zu erreichen und dass die hierzu notwendigen Mittel mobilisiert werden müssen– insbesondere die finanziellen Mittel. Diese Kombination – Ziele, Mittel, Fähigkeiten – wird in einer modernen Konzeption öffentlicher Dienste umgesetzt. Nicht ein Staatsbetrieb für diese oder jene produktive Aktivität, sondern eine Dynamik, die Beschäftigte und Verbraucher zusammenbringt, um der Macht der Aktionäre und der Finanzmärkte eine Demokratie der Partizipation und Intervention entgegenzusetzen. Diese Dynamik stützt sich darauf, dass die Ziele und die Kriterien,

von denen die Bildung dieser Unternehmen derzeit geleitet sind, in Frage gestellt werden.

Da der Prozess der Deregulierung im Währungs- und Finanzsektor begonnen hat – nachdem die USA 1979 durch die Änderungen der Währungspolitik das Startsignal gegeben hatten und in Frankreich 1983 die Maßnahmen eingeleitet worden waren, die ich in meiner Einleitung ausgeführt habe – muss sich der Kampf gegen die Liberalisierung und Privatisierung auch auf eine Umorientierung im Finanz- und Währungssektor richten. Die Vorschläge, die hierzu im Folgenden angeführt werden, bilden eine kohärente Strategie – von der kommunalen bis hin zur globalen Ebene:

- ◆ Notwendig ist eine neue Entscheidungsmacht für Arbeiter und ihre Repräsentanten über die Unternehmensstrategien und ihre Finanzierung, sowie für die Bürgerinnen und Bürger, damit Unternehmensgewinne, öffentliche Gelder und Bankkredite Arbeit und die Anhebung des produktiven Potenzials der Kommunen und Regionen begünstigen
- ◆ Regionale Mittel für Arbeit und Ausbildung einrichten. Diese Mittel sollten aus finanziellen Ressourcen der Region, der Kommunen und des Staats gespeist und in Form von Anleihebürgschaften oder zinsvergünstigte Kredite verwendet werden: Die Hilfen sind der Finanzierung von Bankkrediten vorbehalten, die der Schaffung von Beschäftigung oder Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung dienen.
- ◆ Auf nationaler Ebene die Einrichtung einer öffentlichen Säule von Finanzinstitutionen. Dieser Sektor wird, in Frankreich noch mehr als in Deutschland, seit mehreren Jahren von allen Seiten angegriffen. Er sollte sich trotzdem auf neuer Grundlage entwickeln, indem er sich in den Dienst der neuen Aufgabe der öffentlichen Dienste stellt, um so Sparvermögen und Kredite in den Dienst von Arbeit und Ausbildung zu stellen
- ◆ Auf europäischer Ebene muss das Statut der EZB revidiert werden. Sie muss der Kontrolle des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente unterstellt werden. Ihre Zielsetzungen müssen gründlich neu definiert werden. Sie sollte eine gezielte Politik betreiben. Banken, die die Schaffung von Arbeit und Bildung finanzieren, sollten ihre Kredite bei der EZB zu geringeren Zinsen als auf dem Markt refinanzieren können. Umgekehrt würden Private Equity Funds wie die französische LBO, also spekulative Operationen, ihren Anreiz verlieren.

- ◆ Schließlich hat diese Strategie eine internationale Dimension. Die Dominanz der Finanzmärkte zurückdrängen macht es erforderlich, auch die Hegemonie des Dollars wieder in Frage zu stellen. Dies könnte mit einer gründlichen Reform des IWF und der Herausgabe einer gemeinsamen globalen Währung einhergehen, die auf selektiver Grundlage lang laufende Kredite zur Entwicklung aller Länder finanziert, beginnend mit den Entwicklungsländern.

Diese Vorschläge erscheinen vielleicht unrealistisch. Trotzdem, als Gewerkschafter der französischen Zentralbank kann ich nur feststellen, dass gewerkschaftliche Aktionen innerhalb der Institution, wenn sie mit den Kämpfen aller Arbeiter verbunden sind, Ergebnisse zeitigen können, selbst im Herzen des Finanzsystems.

Zum Beispiel haben wir im Jahr 2003 dem heutigen EZB—Präsidenten Jean-Claude Trichet, damals Gouverneur der französischen Zentralbank, zu einem „Vertrag über die öffentlichen Dienste“ mit dem Staat gezwungen. Dieser sieht z.B. vor, dass die Banque de France „die Wirtschaft in ihrem Zuständigkeitsbereich und das Arbeitskräftepotenzial verfolgt“ und präzise Ziele daran ausrichtet: Dies ist weit entfernt von der ultraliberalen Konzeption der EZB und des Vertrags von Maastricht!

All diese Kämpfe sind umso wirkungsvoller, wenn sie auf europäischer Ebene koordiniert werden. In den Zentralbanken ist die in ausreichendem Maße der Fall da sie seit mehr als 40 Jahren gewerkschaftliche Strukturen auf europäischer Ebene besitzen. Sie ist eine der europäischen Organisationen, der mehr als 40 Organisationen aus allen Ländern der Union angeschlossen sind, die im November 2003 an einer Anhörung im Europäischen Parlament beteiligt gewesen sind, die von Francis Wurtz organisiert wurde. Zur gleichen Zeit fand im Europäischen Sozialforum ein Seminar statt, das von den Gewerkschaften der französischen Zentralbank zum Thema „Für eine Kontrolle der Bürgerinnen und Bürger über die EZB, für einen Euro im Dienste der Beschäftigung“ organisiert wurde und das ein großer Erfolg war.

Dies sind einige der Vorschläge, die in Frankreich debattiert werden. Ich kann sagen, dass viele von ihnen Gemeinsamkeiten mit den Themen haben, die in Deutschland diskutiert werden. Wir alle können viel davon profitieren, den Austausch über diese Themen in Europa weiter zu verfolgen und zu vertiefen.